

NEIN zu diesem hochriskanten Experiment!

Die Vollgeld-Initianten wollen, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Geldmenge künftig ganz allein steuert: elektronisches Geld genauso wie Münzen und Noten. Ausserdem wird die SNB gezwungen, neues Geld schuldfrei in Umlauf zu bringen, indem sie es an Bund, Kantone oder gar direkt an die Bürgerinnen und Bürger verschenkt.

Heute sind die Guthaben auf Schweizer Konten sicher, weil wir auf ein stabiles Geldsystem zählen können. **Mit Annahme der Initiative müsste die Schweiz dieses System radikal auf den Kopf stellen. Sie wäre damit das einzige Land der Welt, das seine Nationalbank zwingt, Geld ohne Gegenwert in Umlauf zu bringen.** Ausserdem würde ein so krasser Systemwechsel mit Ansage den Schweizer Franken sofort zum Spielball von Spekulanten machen. Es gibt keinen Grund, warum die Schweiz ein solches Experiment mit riskantem Ausgang wagen sollte!



Vollgeld: ein hochriskanter Sprung ins Ungewisse

Wir sagen am 10. Juni NEIN zur Vollgeld-Initiative!



Kathrin Bertschy,
Nationalrätin
glp, BE



Guillaume Barazzone,
Nationalrat
CVP, GE



Susanne Leutenegger
Oberholzer,
Nationalrätin SP, BL



Heinz Siegenthaler,
Nationalrat
BDP, BE



Brigitte Häberli-
Koller, Ständerätin
CVP, TG



Olivier Feller,
Nationalrat
FDP, VD



Céline Amaudruz,
Nationalrätin
SVP, GE



Pirmin Bischof,
Ständerat
CVP, SO



Ruedi Noser,
Ständerat
FDP, ZH



Daniela Schneeberger,
Nationalrätin
FDP, BL



Samuel Bendahan,
Nationalrat
SP, VD



Thomas Matter,
Nationalrat
SVP, ZH

Breite Allianz sagt NEIN

Neben dem Bundesrat und der Nationalbank sagt auch das Parlament überdeutlich NEIN zur Vollgeld-Initiative! Der Nationalrat mit 169 zu 9 Stimmen, der Ständerat gar mit 42 zu 0 Stimmen. Vertreterinnen und Vertreter aus allen Parteien erteilen den teuren Forderungen der Initianten eine Abfuhr. Auch die Kantone, die gesamte Wirtschaft und die Gewerkschaften lehnen die Initiative entschieden ab!

Komitee Vollgeld-Initiative Nein, Postfach 2255, 3001 Bern

riskant, teuer, schädlich



Vollgeld-Initiative Nein.

www.vollgeldinitiative-nein.ch

NEIN, weil es teuer für alle wird!

Heute arbeiten Banken mit dem Geld, das ihnen anvertraut wird. Die Kontoinhaber profitieren von geringeren Gebühren und von Zinsen, die je nach Teuerung mal höher und mal niedriger ausfallen. **Künftig wäre diese Art von Konto verboten. Die Bank dürfte das Geld auf den Vollgeld-Konten nicht anrühren.** Für Kontoführung und Transaktionen fallen jedoch nach wie vor Kosten an.

Höhere Gebühren und keine Zinsen

Dürfen Banken nicht mehr mit dem Geld auf den Lohnkonten arbeiten, wirft es auch keinen Gewinn mehr ab. **Zinsen kann man sich als Sparer künftig ans Bein streichen. Dafür fallen höhere Gebühren an, denn die Dienstleistungen müssen die Banken ja trotzdem erbringen.** Jeder Einkauf im Supermarkt, der via Karte bezahlt wird und jede Überweisung würden direkt dem Bankkunden verrechnet. Das trifft uns alle.

Unser Geld ist heute schon sicher

Die Initianten versprechen mehr Sicherheit. Fakt ist aber, dass Bankguthaben bis 100'000 Franken heute schon speziell geschützt sind. Bei einem Konkurs werden die Sparer also zuerst berücksichtigt. **Der durchschnittliche Bankkunde hat von der Initiative darum nur die höheren Kosten.**

Darum: NEIN zu Vollgeld am 10. Juni!

NEIN zu weniger Krediten und Investitionen!

Die Initiative verbietet das heutige Buchgeld. Für jeden Kredit, den sie vergeben wollen, müssen die Banken künftig die volle Summe zuerst von investitionswilligen Sparern einsammeln oder bei der Nationalbank beantragen. **Das ist viel komplizierter und schwerfälliger als das heutige System. Kredite werden darum ein knappes und teures Gut.**

Schaden für KMU, Hausbesitzer und Mieter

Werden Kredite knapper und teurer, können Unternehmen nicht mehr im gleichen Umfang investieren. **Ein solcher Engpass schadet nicht nur den vielen Schweizer KMU, die sich im Inland finanzieren müssen. Er trifft über höhere Hypothekarzinsen auch alle Eigenheimbesitzer.**

Betroffen wären auch alle anderen, denn weniger

Bauinvestitionen und höhere Kosten für Kredite führen zu weniger Wohnungen und steigenden Mieten. Auch hier gilt: Das trifft uns alle.



«Die Initiative führt zu einem Kreditengpass. Er verhindert Investitionen in Innovationen und Arbeitsplätze. Das schadet den Angestellten und der gesamten Wirtschaft.»

Adrian Schoop,
Geschäftsführung Schoop + Co. AG
Baden-Dättwil

NEIN zur Schwächung unserer Nationalbank!

Die Initianten versprechen eine Stärkung der Nationalbank, werden aber genau das Gegenteil erreichen. Denn **wenn die SNB jährlich mehrere Milliarden an neuem Geld verschenken muss, verliert sie bald die Kontrolle über den Schweizer Franken:** Sollte sie wegen einer hohen Teuerung die Geldmenge eigentlich reduzieren, kann sie kaum mehr reagieren. Denn geschenktes Geld lässt sich nicht zurückholen.

Zudem wäre das neu in Umlauf gebrachte Geld nicht mehr mit einem Gegenwert abgesichert (beispielsweise Aktien, Gold oder Anleihen). **Weder Investoren noch die Schweizer Bevölkerung werden einem Franken vertrauen, der bloss mit heisser Luft hinterlegt ist.**

Nationalbank wird zum Spielball der Politik

Die jährlichen Geldausschüttungen der Nationalbank würden unweigerlich grosse Begehrlichkeiten wecken. Der politische Druck auf die SNB wäre immens: Finanzierungsprobleme bei der AHV – die SNB soll mehr Geld ausschütten. Neue, teure Infrastrukturausgaben – die SNB soll mehr Geld ausschütten. Gestiegene Steuerlast – die SNB soll mehr Geld ausschütten.

Wohin es führt, wenn die Nationalbank politische Wünsche erfüllen muss, zeigen die schmerzhaften Erfahrungen anderer Länder. Kein Wunder, lehnt die SNB selbst die Vollgeld-Initiative klar ab.

Darum: NEIN zu Vollgeld am 10. Juni!